

links

Mitgliedermagazin
der SP Schweiz
Januar 2026
Ausgabe 222 | CH

Aleksandra Zdravković

**Heute
weniger SRG,
morgen
mehr Musk?**



**Nein zu Fake News,
Nein zur
Anti-SRG-Initiative!**

**Klimafonds:
Neuer Schub für
die Klimapolitik**

SP

Liebe Leserinnen und Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus

In der Schweiz beschäftigen uns die Abstimmungsvorlagen von kommendem März. Und da ist ein Blick ins Ausland hilfreich: In den USA sehen wir gerade in Echtzeit, was passiert, wenn Informationskanäle in den Händen von superreichen Neofaschisten wie Elon Musk liegen und der öffentliche Service-public-Journalismus ein Mauerblümchendasein fristet: Fake News fluten die Öffentlichkeit und formen das Weltbild der Bürger:innen – und damit die gegenwärtige brutale Politik.

Vor diesem Hintergrund wäre es fahrlässig, auf die unabhängigen Informationen der SRG zu verzichten, die zuverlässig in vier Sprachen die Realität in allen Regionen abbildet. Denn die Anti-SRG-Initiative würde die SRG nicht etwa halbieren, sondern zerstören. Die Auswirkungen für uns alle wären gravierend. Welche Argumente im Detail gegen die Initiative der SVP sprechen, liest du ab Seite 4.

Information ist Macht. Das zeigt auch ein Blick in die Vergangenheit: Selbst der erste SP-Bundesrat Ernst Nobs wurde vom Staatsschutz bespitzelt – sogar als er bereits Bundesrat war. Die Aufarbeitung dieser Machtdemonstration bürgerlicher Politik liest du auf Seite 14.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!



Pia Wildberger

Inhalt

- 4 Gegen die Anti-SRG-Initiative der SVP**
Für unabhängigen Journalismus
- 5 Für Fortschritt in der Gleichstellung**
Ja zur Individualbesteuerung!
- 6 Klimafonds-Initiative: Neuer Schub für die Klimapolitik**
Alt Nationalrat Roger Nordmann erklärt, wie wir im Klimaschutz endlich vorwärtskommen
- 7 Bald wieder Schweizer Waffen für Terroristen und Diktaturen?**
Unterschreibe jetzt das Referendum gegen die «Lex Rüstungsindustrie»
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Pflegeinitiative: Die Umsetzung stockt**
Warum die SP für die Umsetzung kämpfen muss
- 14 Wie der erste sozialdemokratische Bundesrat bespitzelt wurde**
Überwachungsstaat 1.0 – ein wenig bekanntes Kapitel Schweizer Geschichte
- 15 Kaufkraftkiller #1: Wohnen**
Nationalrätin Jacqueline Badran über Mietzinswucher
- 16 Kochen fürs Klima: Weniger arbeiten für besseres Essen**
- 18 5 Fragen an Neumitglied Martina Maurer aus Wädenswil**
- 20 Bildungsangebote der SP Schweiz**


 A group of five people (three women and two men) are standing in a grand, ornate hall, holding a large white rectangular sign. The sign displays the number '494'021' in large, bold, black digits. The background features high ceilings, large windows with green frames, and a doorway labeled 'BUNDESRAT'. A large potted plant is visible on the left.

494'021

Gegen Gewalt an Frauen

Eine solche Petition gab es in der Schweiz noch nie: Innert 72 Stunden kamen im Dezember über 500 000 Unterschriften für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zusammen. Auslöser: Der Ständerat hatte in einem skandalösen Entscheid eine Million Franken für die Umsetzung der Istanbul-Konvention aus dem Budget gestrichen –und gleichzeitig Millionen für Schafe und Weinvermarktung abgenickt. Unter dem massiven öffentlichen Druck korrigierte der Nationalrat den Entscheid. Die SP Frauen und die SP Schweiz werden gemeinsam eine Volksinitiative lancieren, um Gewalt an Frauen endlich konsequent und wirksam zu bekämpfen.

Verschuldung von Privatpersonen

Nationalrat ebnet den Weg aus der Schuldenfalle

Der Nationalrat hat die von Bundesrat Beat Jans vorangetriebene Vorlage für eine geordnete Schuldenbereinigung für Privatpersonen angenommen. Das ist ein wichtiger Schritt, der verschuldeten Menschen neue Perspektiven eröffnet. Überschuldung ist oft die Folge einer Trennung, eines Jobverlusts, einer Krankheit oder eines Unfalls – davor ist niemand gefeit. Die Reform ist zudem auch volkswirtschaftlich sinnvoll: Jeder investierte Franken verhindert ein Mehrfaches an Folgekosten, die heute anfallen.

Sozialhilfe und Aufenthaltsrecht

Armut bleibt ein Verbrechen

Obwohl National- und Ständerat die parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen» 2023 guthiessen und sich in der Vernehmlassung eine Mehrheit für die Umsetzung aussprach, hat der Nationalrat sie nun kurzerhand abgeschrieieben. Das bedeutet, dass Menschen ohne Schweizer Pass weiterhin mit der Wegweisung rechnen müssen, wenn sie Sozialhilfe beziehen müssen, selbst wenn sie bereits seit zehn Jahren oder länger in der Schweiz leben. Aus Angst davor verzichten Betroffene oft auf die ihnen zustehende Unterstützung. Die SP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Menschen, die unverschuldet in Armut geraten, ihren Aufenthaltsstatus nicht verlieren.



Gegen die Anti-SRG-Initiative – für unabhängigen Journalismus

Bereits heute bedrohen Fake News und Desinformation die Demokratie. Dies wäre noch mehr der Fall, wenn die Anti-SRG-Initiative der SVP angenommen würde. Auf dem Spiel steht ein tragender Pfeiler unserer demokratischen Infrastruktur.



Jon Pult, Nationalrat GR
und Vizepräsident
der SP Schweiz

Die Anti-SRG-Initiative ist brandgefährlich, denn sie gibt vor, die Bevölkerung finanziell entlasten zu wollen. In Wahrheit reduziert sie das Budget der SRG dramatisch – und schwächt damit das verlässliche, vielfältige Informationsangebot, auf dem unsere demokratische Diskussion beruht. Deutlich weniger Berichterstattung aus den Regionen, weniger mehrsprachige Programme, weniger Schweizer Journalismus wären die Folgen. Die Halbierungs-Initiative würde die SRG nicht halbieren, sondern zerstören.

Die Lücke würde nicht etwa durch private journalistische Anbieter gefüllt, sondern vor allem durch Angebote auf Plattformen wie X (ehemals Twitter), Instagram, Tiktok

und Facebook. Während Fake News zunehmend die Medien fluten, bestimmen Musk und andere Tech-Oligarchen mit Algorithmen, welche Inhalte Sichtbarkeit bekommen – und welche verschwinden. Was wir wahrnehmen, teilen oder glauben, wird zunehmend von Profitinteressen gesteuert, statt von kritischem Journalismus. Das ist kein harmloser Nebeneffekt der Digitalisierung – das ist ein Angriff auf die demokratische Öffentlichkeit.

Der Plan der SVP

Doch nicht nur die Oligarchen aus dem Silicon Valley bedrohen unsere Demokratie. Auch rechtsradikale Kräfte weltweit schlagen in dieselbe Kerbe: In Deutschland, Ungarn oder

Italien werden unabhängig arbeitende, öffentlich-rechtliche Medien angegriffen, weil sie dem polarisierenden, populistischen Kurs nicht folgen. Diese Angriffe sind Teil einer globalen rechten Strategie, kritische Stimmen zu schwächen und Macht über Information zu gewinnen.

Klicks vs. unabhängige Fakten

Wenn diese Initiative angenommen wird, überlassen wir die Meinungsbildung noch mehr zweifelhaften Plattformen und Oligarchen. Algorithmen statt Redaktionen, Reichweite statt Seriosität. Wahrheit wird zur Ware, Klicks wichtiger als Fakten.

Eine Demokratie ohne informierte Öffentlichkeit verliert nach und

Faktencheck

Wenn die Initiative angenommen würde, könnten private Medien das Angebot der SRG übernehmen.

Mit Annahme der Initiative würde die Berichterstattung aus den Regionen und in allen vier Landessprachen dramatisch verringert. Grossproduktionen aus Politik, Sport und Kultur – etwa die Lauberhornrennen oder der ESC – wären für die Bevölkerung nur noch über teure Bezahl-TV zugänglich. Private Medien könnten nicht einfach in die Lücke springen, weil der Markt in der Schweiz zu klein ist – es rechnet sich ganz einfach nicht.

Ein Beispiel: Für die Übertragung der Lauberhornrennen sind 75 SRG-Mitarbeitende im Einsatz, der Produktionsaufwand beträgt zwei Wochen. Es kommen 20 Kameras und mehr als 10 Tonnen Material zum Einsatz. Private Medien verfügen weder über das Know-how, noch können sie solche Produktionen wirtschaftlich stemmen.

Die SRG dehnt sich immer mehr online aus. Sie sollte bei TV und Radio bleiben.

Mit ihrem Service-public-Auftrag muss die SRG dort ihre Inhalte hinbringen, wo sich das Publikum befindet. Die Online-Angebote der SRG sind kein Selbstzweck, sondern unerlässlich für die Gesellschaft. Bietet die SRG ihre Angebote lediglich in Radio und TV an, werden sie über kurz oder lang an Bedeutung verlieren. Insbesondere Jüngere nutzen die Angebote der SRG online. Diese leisten als vertrauenswürdige Informationsquelle gerade online einen wichtigen Beitrag, wo viele Fake News kursieren.

Meyer:Wermuth über Anti-SRG-Initiative



Mattea Meyer und Cédric Wermuth ordnen jede Woche die wichtigsten politischen Entwicklungen in der Schweiz ein. Transparent, pointiert, direkt aus Bundesbern. Nicht vergessen: Am 9. Februar diskutieren Cédric Wermuth und Samira Marti, die dann Mattea vertritt, über die SVP-Initiative und das, was dahintersteckt. Du findest die neuste Ausgabe des Podcasts jeweils montags auf der Website der SP Schweiz oder auf allen gängigen Plattformen.

nach ihr Fundament. Öffentliche Medien wie die SRG sind unverzichtbar, weil sie unabhängig, vielfältig und ohne Profitabsicht berichten. Sie verbinden, wo Polarisierung trennt. Sie geben Stimmen Raum, die auf X oder in anderen Filterblasen kaum Gehör finden oder niedergeschrien werden. Und sie sind journalistischen Grundsätzen verpflichtet.

Deshalb sagen wir Nein zur Anti-SRG-Initiative. Für starke, unabhängige Medien. Für eine demokratische Schweiz, die sich nicht von Tech-Oligarchen und rechten Meinungsmachern instrumentalisieren lässt. Für eine Öffentlichkeit, die nicht nur dem Profit, sondern der Demokratie dient.

Individualbesteuerung

Für Fortschritt in der Gleichstellung



Eva Herzog
Ständerätin BS

Besser könnte der Abstimmungstermin nicht passen: Am 8. März, dem internationalen Frauentag, können wir mit unserem Ja zur Individualbesteuerung für mehr Gleichstellung sorgen.

Heute bezahlen Ehepaare, bei denen beide berufstätig sind, oft mehr Steuern als Konkubinatspaare in der gleichen wirtschaftlichen Situation. Weil die beiden Einkommen zusammengerechnet werden, spielt die Progression. Häufig zehren Steuern und Kinderbetreuungskosten das kleinere Einkommen – meist das der Frau – fast auf.

Bei den meisten Ehepaaren, auch mit Kindern unter 25 Jahren, sind Mütter (84 Prozent) und Väter (97 Prozent) erwerbstätig. Nur 3 Prozent der Haushalte sind sogenannte Einverdienerfamilien, Zweiverdienerhaushalte sind heute die Regel.

Die Individualbesteuerung bringt eine zeitgemässe Besteuerung und schafft die Heiratsstrafe endlich ab: Jede und jeder füllt eine Steuererklärung aus und zahlt aufs eigene Einkommen und Vermögen Steuern, unabhängig vom Zivilstand. Mehraufwand verursacht das kaum: Die zentralen Angaben zu Lohn, Abzügen und Personalien müssen schon heute für beide erfasst sein. Alle haben ein eigenes Handy, einen eigenen Ausweis, eine eigene Identität – warum sollte das bei den Steuern anders sein?

Mehr Unabhängigkeit, weniger Altersarmut

Mit dem Systemwechsel stärken wir vor allem die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen und bringen die Gleichstellung voran. Mit der Individualbesteuerung lohnt sich ein höheres Arbeitspensum, sofern die betroffene Person das will.

Mehr Einkommen bedeutet auch immer eine bessere Altersvorsorge. Altersarmut betrifft Frauen überdurchschnittlich, die berufliche Vorsorge ist dabei ein Schlüsselfaktor: Wer im Alter hauptsächlich von der AHV lebt, ist viel häufiger einkommensarm (23,9 Prozent) als Personen, deren Haupteinkommen aus einer BVG-Rente stammt (0,7 Prozent).

Nach dem Frauenstimmrecht, dem neuen Eherecht und dem bundesgerichtlichen Entscheid, dass die Ehe keine lebenslange finanzielle Absicherung bedeutet, ist die Individualbesteuerung der nächste logische Schritt. Darum: Ja am 8. März – für faire Steuern und mehr Gleichstellung.

Klimafonds: Schub für die Klimapolitik!

Am 8. März steht die Schweiz vor einer historischen Weichenstellung: Mit der Klimafonds-Initiative ermöglichen wir eine Investitionswelle, die das Land bis 2050 klimaneutral macht. Doch was genau steckt hinter dem Plan – und warum könnte er zum Gamechanger werden?

Bereits vor fünf Jahren war uns Initiant:innen klar: Die Schweiz muss schneller handeln, um bis 2050 klimaneutral zu sein. Was wir nicht auf dem Radar hatten: Wie der Backlash – von Trump bis zu Rösli – den Schutz des Klimas und die Energiewende bremsen würde.

Warum der Klimafonds jetzt der entscheidende Hebel ist

Am 8. März können wir mit der Klimafonds-Initiative nicht nur ein Signal setzen, sondern den Kurs korrigieren und konkret die Investitionswelle auslösen, die unser Land braucht, um klimaneutral zu werden.

Die Grundidee ist folgende: Der Fonds senkt die Kosten für Solar-energie, Wärmepumpen oder Sanierungen, indem Investitionen in bessere Energieeffizienz und erneuerbare Energien mitfinanziert werden. So werden diese sehr schnell günstiger als Erdöl und Gas. Das Ergebnis? Die Fossilien werden vom Markt gedrängt – und die Schweiz spart mittel- und langfristig Milliarden.



Roger Nordmann
alt Nationalrat und
ehemaliger Fraktionschef
der SP

Mit der Initiative wollen wir zudem die Ausbildung in Berufen der Energiewende fördern. Wir benötigen nicht nur Ideen und Absichten, sondern auch Köpfe und Hände, um diese umzusetzen.

Selbstverständlich wird das entsprechende Ausführungsgesetz zum Klimafonds einen differenzierten Ansatz vorsehen müssen: In bestimmten Bereichen sind keine Subventionen notwendig, etwa bei Elektroautos. Andere wiederum, sind auf Unterstützung angewiesen, denken wir etwa an die Sanierung der Schwerindustrie.

So funktioniert der Klimafonds

Der Fonds muss vom Bund mit 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gespiesen werden. Nach unseren Berechnungen werden dadurch die notwendigen Investitionen ausgelöst, um bis 2050 klimaneutral unterwegs zu sein. Im Durchschnitt kommt zu jedem Franken aus dem Fonds ein Franken aus der Tasche von privaten Investoren hinzu. Der öffentliche und der private Sektor arbeiten Hand in Hand.

Finanziert wird der Fonds vor allem durch grüne Anleihen, die der Bund ausserhalb der Schuldenbremse ausgibt. Dies dürfte besonders auch für Pensionskassen sichere, nachhaltige Anlageoptionen eröffnen.

Es ist angemessen, dass sich der Bund zur Modernisierung seiner Infrastruktur leicht verschuldet. Der «Return on Investment», die Rendite, überzeugt klar: Es entsteht eine effizientere Schweiz, die ihre Kosten für fossile Brennstoffe auf nahezu null reduziert hat.

Traditionelle Vorbilder

Vorbild für die Initiative bilden Grossprojekte der Vergangenheit. Ohne Mut zur Verschuldung gäbe es heute weder die ETH noch die AHV, weder die Grimsel-Staumauer noch der Gotthard-Tunnel – Projekte, die unsere Wirtschaft und unser Leben bis heute prägen. Der Klimafonds ist das nächste grosse Schweizer Zukunftsprojekt. Packen wir es an – für ein Land, das seine Energie selbst in der Hand hat. Ja zur Klimafonds-Initiative!



Lex Rüstungsindustrie

Bald wieder Schweizer Waffen für Terroristen und Diktaturen?

In der Wintersession hat die bürgerliche Mehrheit des Parlaments das Kriegsmaterialgesetz den Wünschen der Schweizer Rüstungsindustrie angepasst. Neu soll es wieder Exporte in Länder wie Myanmar geben können – nicht aber in die Ukraine. Dagegen haben wir das Referendum ergriffen.

Flugabwehrkanonen aus Oerlikon (heute Rheinmetall), in der Nuklearanlage Natanz, Iran.

Heute lässt sich verhindern, dass Schweizer Waffen in Kriegsländer oder in Diktaturen gelangen – dank der Korrektur-Initiative und dem Druck aus der Bevölkerung. Das ist noch nicht lange so. Erst 2023 wurden die Kriterien für Waffenexporte verschärft und erstmals auf Gesetzesstufe verankert – ein Meilenstein. Vorher konnte der Bundesrat die Kriterien beliebig anpassen. Zudem wurden damals auch die bestehenden Nichtwiederausfuhr-Erklärungen verschärft.

Nur drei Jahre später macht das bürgerliche Parlament eine Kehrtwende und verabschiedet eine Lex Rüstungsindustrie, die sich liest, als wäre sie von Schweizer Waffenherstellern persönlich formuliert worden: Die Nichtwiederausfuhr-Erklärungen sollen grundsätzlich abgeschafft werden, der Bundesrat soll sie nur noch «aus sicherheits-, neutralitäts- oder aussenpolitischen Gründen» einfordern können. Gleichzeitig sollen 20 «westliche Länder» Schweizer Waffen kaufen dürfen, selbst wenn sie in einen Konflikt verwickelt sind – darunter



Fabian Molina
Nationalrat



Priska Seiler Graf
Nationalrätin

die USA, Ungarn oder Argentinien. Auch soll der Bundesrat Ausnahmen bewilligen und so Direktlieferungen an Staaten wie Saudi-Arabien, China oder Myanmar zulassen können – notabene ohne parlamentarische Kontrolle. Gegen diese Lex Rüstungsindustrie haben wir das Referendum ergriffen.

Für Bürgerkriegsländer ...

Die Folgen dieser Gesetzesrevision sind fatal: Schweizer Waffen könnten via Drittstaaten in kriegsführende Länder wie Israel oder die Türkei, zu Milizen der Rapid Support Forces im Sudan oder zu Terrorgruppen in aller Welt gelangen. Die USA könnten sie in den Nahen Osten oder nach Lateinamerika exportieren, Ungarn an Serbien oder die Republika Srpska. Dies selbst wenn ein hohes Risiko besteht, dass die Waffen für Menschenrechtsverletzungen oder gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Doch das ist noch nicht alles.

... aber nicht für die Ukraine

Die Doppelmoral der Befürworter:innen der Lex Rüstungsindustrie ist

das Tüpfchen auf dem i: Waffen dürften künftig also via Drittstaaten an Länder wie Saudi-Arabien geliefert werden, ausdrücklich aber nicht an die Ukraine, die sich gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verteidigt. Die SVP hat dies gezielt ins Gesetz schreiben lassen, um Solidarität mit der Ukraine zu verhindern und ihre Pro-Putin-Politik weiterzuführen.

Während Henry Dunant vor 160 Jahren das Rote Kreuz gründete, um Kriegsoffer zu schützen, schafft die Schweiz heute neue Opfer – für die Profite der Rüstungsindustrie. Diese Perversion der humanitären Tradition wollen wir mit dem Referendum stoppen. Jetzt liegt es an uns: Jede Unterschrift ist ein Votum für Menschenleben statt Waffenprofite, für Friedenspolitik statt Rüstungsexporte, für eine Schweiz, die ihrer humanitären Tradition gerecht wird.

**Unterschreibe jetzt
die Unterschriftenkarte
in der Heftmitte.**



Gute Frage

Einbürgerungen vereinfachen?

Kürzlich musste in der Gemeinde Birr (AG) ein Kosovare – hier geboren und aufgewachsen! – das Bürgerrecht vor Gericht erstreiten. Im Urteil ist von «Willkür» die Rede, wie es Gerichte bei Einbürgerungsfällen leider immer wieder feststellen. Was macht die SP eigentlich gegen die ungerechte Einbürgerungspraxis in der Schweiz?

Philippe D., Bern

Lieber Philippe

Das Gericht im Kanton Aargau findet das richtige Wort: Willkür. Auch wenn sich das Urteil auf den Einzelfall bezieht – wer die Einbürgerungspraxis in der Schweiz beobachtet, stellt rasch fest: Je nach Kanton und Gemeinde wird mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Die Einbürgerungstests sind erniedrigend und schikanös, sogar die verlangte Aufenthaltsdauer ist je nach Wohnort und Kanton uneinheitlich und beginnt bei jedem Umzug von Neuem zu laufen – das ist krass ungerecht. Mehr als 25 Prozent der Bevölkerung hat keinen Schweizer Pass, darunter viele, die hier geboren oder seit Jahrzehnten hier wohnhaft sind. Die Einbürgerung ist kein Akt der Gnade am Ende eines Integrations-Parcours, sondern liegt im Interesse einer funktionierenden Demokratie.

Die SP unterstützt darum die Demokratie-Initiative, die der Nationalrat voraussichtlich in der Frühlingssession behandeln wird. Die Initiative verlangt einen Paradigmenwechsel: Ausländer:innen können Anspruch aufs Bürgerrecht anmelden, wenn sie sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhalten und nicht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, die Sicherheit nicht gefährden und über Grundkenntnisse einer Landessprache verfügen. Alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, sollen eine faire Chance auf vollwertige gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe haben. Klar ist: Je mehr Menschen eine Demokratie mitgestalten können, desto demokratischer ist sie!

Konkret hilft auch die SP Migrant:innen bei Einbürgerungsfragen weiter. In vielen Kantonen verfügt das Organ der SP Schweiz über ein Netzwerk an Vertrauensleuten, die im Einzelfall eine Einschätzung abgeben oder den besten Weg aufzeigen können. Mehr dazu findest du online hier: spschweiz.ch/sp-migrantinnen. Willst du selbst aktiv werden und interessierst dich für Themen wie Migration und demokratische Teilhabe? Hilf mit in einem Lokalkomitee der Demokratie-Initiative oder bring dich als Mitglied bei der SP Migrant:innen ein – du bist jederzeit willkommen.

Stell uns deine Frage

Täglich erreichen die SP Dutzende Zuschriften mit Fragen von Mitgliedern und Leser:innen. Hast du eine Frage an die SP? Wir greifen sie gerne im Links auf. Schreibe uns unter links@spschweiz.ch



Zivildienst-Referendum/ Atomwaffenverbots-Initiative

Geschafft!

Mitte Januar reichte eine breite Allianz aus Parteien – darunter die SP –, Verbänden und Organisationen bei der Bundeskanzlei 57 000 Referendumsunterschriften gegen die Verschärfungen des Zivildienstgesetzes ein. Mit den geplanten Änderungen würden die Zulassungen zum Zivildienst um 40 Prozent sinken sowie zusätzliche administrative Hürden eingeführt, die den Wechsel vom Militär- in den Zivildienst erschweren sollen. Zivildienstleistende absolvieren jährlich annähernd zwei Millionen Einsatztage in Pflege, Sozialem, Bildung, in der Landwirtschaft sowie im Umwelt- und Naturschutz – Bereiche, die bereits heute unter akutem Personalmangel leiden. Der Zivildienst leistet so einen elementaren Beitrag zum Gemeinwohl und ist Ausdruck gelebter Gewissensfreiheit.

Ebenfalls geschafft: die Atomwaffenverbots-Initiative. Kurz vor Weihnachten reichte eine breite Allianz, zu der auch die SP zählt, über 100 000 Unterschriften ein, mit denen wir den Beitritt der Schweiz zum UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) verlangen. Der Vertrag ist bereits seit 2021 in Kraft und verbietet Atomwaffen völkerrechtlich, doch unser Land ist nicht dabei. Zwar hat die Schweiz den Vertrag mitverhandelt sowie seine Annahme 2017 in der UNO unterstützt. Dennoch hat der Bundesrat den Beitritt bis heute verweigert.



Gratulation

Farah Rummy bald höchste Schweizerin

Wir freuen uns sehr über die Wahl der Solothurner SP-Nationalrätin Farah Rummy zur zweiten Vizepräsidentin des Nationalrats. Diese Auszeichnung ist ein deutliches Zeichen für die kompetente und verlässliche Arbeit der Pflegefachfrau und beweist das Vertrauen, das ihr im Parlament entgegengebracht wird. Mit der Wahl zur zweiten Vizepräsidentin dürfte die 1991 in Sri Lanka geborene Grenchnerin nach den Gepflogenheiten der eidgenössischen Räte in der Wintersession 2027 zur höchsten Schweizerin gewählt werden. Grosse Ehre auch im Ständerat: Zur neuen zweiten Vizepräsidentin wählte der Rat die jurassische SP-Ständerätin Mathilde Crevoisier Crelier. Wir gratulieren beiden von ganzem Herzen!



Abriss Aargau

Machtdemonstration mit der Abrissbirne

Beim Budget 2026 setzt die rechte Mehrheit im Grossen Rat auf ideologischen Abbau statt auf Verantwortung. Die Beinahe-Streichung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes steht exemplarisch für ihre Politik, die rücksichtslos die neue Macht durchsetzt.

Rolf Schmid, Mia Jenni und Alain Burger, Präsidium der SP-Fraktion

Die Arbeiten am Kinder- und Jugendhilfegesetz waren bereits weit fortgeschritten. Die Anhörung war für 2026 geplant. Trotzdem stimmten SVP, EDU und FDP einem Streichungsantrag zu, der in der zuständigen Fachkommission bereits diskutiert und abgelehnt worden war. Sie taten dies trotz der klaren Argumente der Bildungsdirektorin aus ihren eigenen Reihen und trotz der geschlossenen Warnungen aller anderen Fraktionen.

Nur dank des enormen Engagements von Parteien, Verbänden, Institutionen und von über 8000 Menschen, die innert kurzer Zeit eine Petition unterzeichneten, konnte dieser Entscheid korrigiert werden. Öffentlich erklärte die SVP anschliessend, man sei vom

Antrag überrascht worden und habe «blind» der FDP vertraut. Verantwortung gegenüber Parlament, Regierung und Bevölkerung sieht anders aus. So wird Vertrauen in politische Prozesse verspielt.

Kürzen ohne Wirkung, Abbau ohne Plan

Die Budgetdebatte offenbart ein klares Muster: Leistungen mit geringer Steuerbarkeit werden zusammengestrichen, was zwangsläufig zu Budgetüberschreitungen führen wird. Gleichzeitig werden reale Probleme ignoriert. Im Fricktal gehen bei Novartis gerade 550 Stellen verloren, das Aargauer Parlament kürzt gleichzeitig bei der Wirtschaftsförderung. Schüler:innen scheitern am Login für ihr Schul-Tablet, gespart wird bei der Schul-informatik. Weitere Kürzungen treffen Menschen mit Behinderungen, die Hochschulen, Fördermittel des Kuratoriums, Ergänzungsleistungen, Umwelt- und Biodiversitätsschutz und die Verkehrsinfrastruktur. Beim Personal beschränkt sich die bürgerliche Mehrheit auf blosser Systempflege (vorgegebene Lohnschritte entlang einer Verordnung) – und dem

Staatspersonal will man nicht einmal diese zugestehen. Lehrer:innen, Polizist:innen und alle weiteren Kantonsangestellten erhalten gemäss Beschluss der FDP/SVP-Mehrheit das absolute Minimum.

Abbau aus Ideologie – trotz voller Kassen

Der Kanton Aargau hat in den letzten acht Jahren gute Jahresabschlüsse erzielt. Fehlbeträge wurden abgebaut, die Ausgleichsreserve ist gut gefüllt, die Pro-Kopf-Ausgaben gehören schweizweit zu den tiefsten. Es wäre höchste Zeit gewesen, die Abbaumassnahmen aus der Haushaltssanierung der 2010er-Jahre rückgängig zu machen und gezielt in den Kanton und seine Menschen zu investieren.

Stattdessen senkt die bürgerliche Mehrheit die Steuern mit Geld aus den Reserven, die gesetzlich klar zur Abfederung wirtschaftlicher Schwankungen reserviert wären. Sie senkt Steuern trotz wegfallender Einnahmen aus dem Eigenmietwert, trotz einer nicht ertragsneutralen Steuerreform und trotz milliardenschwerer Investitionen in neue Mittel- und Berufsfachschulen. Die Folgen kennen wir aus der Vergangenheit bestens: Fehlende Einnahmen und noch mehr Kürzungen! Die Verantwortung dafür tragen SVP, EDU und FDP. Deshalb konnten und wollten wir als SP diesen Abriss nicht mittragen und haben das Budget 2026 abgelehnt.

#Abriss.Aargau

Folge dem Instagram-Konto @abriss.aargau – dort zeigen unsere Grossrät:innen, was die Finanz- und Abbaupolitik im Aargau für die Menschen bedeutet – betroffen sind (fast) alle.

Nein zum Prämienabzugs-Bschiss

Am 8. März stimmt das Baselbiet über die Prämienabzugs-Initiative der SVP und den Gegenvorschlag ab. Die Krankenkassenprämien sollen in grösserem Umfang vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Beide Vorlagen tun so, als würden sie die breite Bevölkerung entlasten – in Wahrheit profitieren Steuerzahlende mit hohem Einkommen am stärksten.



Adil Koller,
Fraktionspräsident

Ein Bschiss auf dem Rücken des Mittelstands. Kostenpunkt: 150 Millionen. Deshalb empfiehlt die SP 2x Nein. Im Landrat haben sich auch Grüne, GLP, Mitte und FDP dieser Ablehnung angeschlossen.

Die Falschen profitieren

Pauschale Steuerabzüge sind unfair. Je höher das Einkommen, desto mehr Steuern müssen auf einen Franken zusätzliches Einkommen bezahlt werden. Das ist ein guter und gewollter Ausgleich. Wenn ein zusätzlicher Abzug eingeführt wird, können Steuerzahlende mit

höheren Einkommen deutlich mehr Steuern sparen. Bei den Krankenkassen ist es genau desto stärker belasten die Prämien das Budget und desto höher ist der Entlastungsbedarf. Deshalb ist es absurd, mit einem hohen pauschalen Abzug vor allem sehr gut Verdienende zu entlasten, während diejenigen, die auf Prämienverbilligungen angewiesen sind, kaum profitieren oder gar leer ausgehen.

Massive Steuerausfälle

Insgesamt führt die Initiative zu massiven Steuerausfällen von rund 150 Millionen Franken. Die fehlen dann bei Bildung, Gesundheit, ÖV oder sozialen Leistungen – und am Ende zahlt der Mittelstand die Rechnung. Auch der Gegenvorschlag kostet Dutzende Millionen.

Gezielte Entlastung

Die SP engagiert sich seit Jahren für die soziale Alternative: den Ausbau der Prämienverbilligungen. Dort kommt die Entlastung

gezielt bei unteren und mittleren Einkommen an – und nicht bei den Reichsten. Sie muss aber dringend ausgebaut werden. Dank der SP passiert das im Baselbiet endlich: Eine entsprechende Vorlage, die echte Perspektiven für den Mittelstand bietet, ist unterwegs. Ein Vergleich: Eine Familie des unteren Mittelstandes mit 100 000 Franken steuerbarem Einkommen würde mit dem Gegenvorschlag zur Initiative nur etwa 500 Franken Steuern sparen. Mit der neuen Prämienverbilligungsvorlage würde sie 3600 Franken zusätzlich erhalten. Die Vorlage wird dieses Jahr in den Landrat kommen.

Parolen für den 8. März

Auf kantonaler Ebene sagt die SP Baselland:

- Nein zum Prämienabzugs-Bschiss und Nein zum Gegenvorschlag
- Ja zur Solar-Initiative
- Nein zur Transparenz-Initiative
- Ja zur Verfassungsänderung Kreislaufwirtschaft
- Nein zur Initiative «Tempo 30 nur mit Zustimmung der Bevölkerung» und Nein zum Gegenvorschlag

**NEIN zum
Prämienabzugs-Bschiss
NEIN zum Gegenvorschlag**

**Die Reichsten profitieren.
Der Mittelstand zahlt.**

**2 x NEIN
am 8. März**

«Arbeit muss sich lohnen» – ein irreführender Titel

Am 8. März 2026 stimmen wir über die Initiative der Jungen SVP und der Jungen FDP «Arbeit muss sich lohnen» ab. Der Titel täuscht: Die Vorlage bringt Menschen in Not, in noch prekärere Lebenslagen, sie schafft Armut.



Lea Schmidmeister,
Grossrätin SP Aargau,
Wettingen

Was nach Leistungsanreiz klingt, ist in Wahrheit ein pauschaler Sozialabbau. Nach zwei Jahren Sozialhilfebezug soll der Grundbedarf automatisch um mindestens 5 Prozent gekürzt werden – unabhängig von der individuellen Lebenslage. Zwar sind gewisse Gruppen ausgenommen, doch die Kürzung trifft viele Menschen, die ohnehin kaum Handlungsspielraum haben.

Besonders betroffen sind Alleinerziehende mit kleinen Kindern, Menschen ohne berufliche Ausbildung sowie solche mit gesundheitlichen Problemen. Betreuungspflichten, fehlende Qualifikationen oder prekäre Arbeitsmarktsituationen verschwinden nicht mit pauschalen Kürzungen, auch wird niemand gesund davon.

Sozialhilfe ist ein Auffangnetz – keine Hängematte

Das wohl schlagkräftigste Argument für die Ablehnung: Kinder und Jugendliche stellen rund ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden. Auch wenn sie formal ausgenommen sind, trifft die Kürzung ihre

Familien direkt und verschärft die Kinderarmut.

Die Sozialhilfe sichert das verfassungsmässige Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Sie ist das letzte Auffangnetz, wenn Einkommen, Ersparnisse oder Sozialversicherungen nicht ausreichen. Der Grundbedarf liegt bereits heute unter dem Niveau anderer Sozialleistungen und erlaubt nur eine sehr bescheidene Lebensführung mit minimaler sozialer Teilhabe. Verschärft wird dies durch unrealistische Mietzinsrichtlinien in vielen Gemeinden, die den knappen Grundbedarf zusätzlich belasten.

Ziel der Sozialhilfe ist die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Dieses Ziel wird nicht durch Druck oder pauschale Kürzungen erreicht, sondern durch gezielte Unterstützung, Bildung und stabile Lebensverhältnisse.

Mehr Bürokratie, mehr Rechtsstreit – kein Nutzen

Entgegen der Behauptung der Initiant:innen braucht es keine neuen Sanktionen. Schon heute können Sozialbehörden Auflagen verfügen

und bei Nichteinhaltung den Grundbedarf um bis zu 30 Prozent kürzen oder Leistungen einstellen. Wer eine zumutbare Arbeit oder ein Beschäftigungsprogramm verweigert, wird bereits sanktioniert. Die Initiative verschärft jedoch Konflikte zwischen Betroffenen und Behörden. Mehr Kürzungen bedeuten mehr Einsprachen, mehr Rekurse und mehr Rechtsunsicherheit für die Betroffenen. Und ja: Der Kanton Aargau unterstützt Rechtsberatungsstellen wie beispielsweise die UFS finanziell nicht. Auch die Caritas muss sparen, und das HEKS hat die Beratungsstelle für Armutsbetroffene aus finanziellen Gründen bereits 2018 eingestellt. Wer macht denn diese komplexen Einsprachen kostenlos?

Der Verband der Aargauischen Gemeindesozialdienste hält fest, dass Sozialhilfeausgaben und Langzeitbezüge rückläufig sind. Die Initiative bringt keinen Nutzen, verursacht aber zusätzliche Kosten – ohne die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Was da gefordert wird ist kontraproduktiv, ungerecht und rechtsstaatlich fragwürdig. Die Initiative schafft Armut statt Lösungen. Was fehlt, sind passende Arbeitsplätze, Betreuungslösungen und ausreichende Beratungsressourcen in der Sozialhilfe.



Kampagne mit
einer Spende
unterstützen

**NEIN zur Kürzungs-Initiative
am 8. März**

Familien gefährden?

**NEIN zur Initiative
«Arbeit muss sich lohnen»**

sozialhilfekuerzungnein.ch





Mehr Schutzplätze in den Frauenhäusern

Das Frauenhaus beider Basel und das Heilsarmee-Frauenhaus Wohnen für Frauen und Kinder leisten für unsere Region Tag für Tag lebensrettende Arbeit. Frauen, die von häuslicher Gewalt akut betroffen sind, finden in den sicheren Frauenhäusern Zuflucht.



Melanie Nussbaumer



Juliana Weber Killer

Beide Häuser werden von den Kantonen Baselland und Basel-Stadt teilfinanziert. Politische Anfragen in den beiden Parlamenten haben nun aber gezeigt: Die Häuser sind oft überlastet. Mit ihren insgesamt 33 Schutzplätzen mussten sie 2024 ganze 330 Frauen und Kinder abweisen, doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Auslastung liegt im Durchschnitt bei über 90 Prozent, im Frauenhaus beider Basel sogar bei über 96 Prozent. Das heisst: Wenn eine Frau heute aus ihrem Zuhause flüchten muss, ist oft kein Platz frei.

Unserer Meinung nach ist jede Abweisung ein politisches und gesellschaftliches Versagen. Bis Ende November wurden 2025 in der Schweiz 29 Frauen Opfer eines

Femizids, umgebracht von ihren Partnern oder Ex-Partnern. In Baselland haben wir 2025 zwei Femizide zu beklagen; 2024 war es ein Fall. Kein anderes Gewaltverbrechen fordert in der Schweiz mehr Todesopfer als männliche Gewalt gegen Frauen.

Andere Länder zeigen, dass entschlossenes politisches Handeln Leben rettet. Spanien registriert ein Drittel weniger Femizide. Seit 20 Jahren setzt das Land auf ein umfassendes Gesetz zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt: Präventionsprogramme an Schulen, nationale Aufklärungskampagnen, spezialisierte Gerichte und ein effektives elektronisches Monitoring. Wir stehen in der Pflicht, endlich entschlossener zu handeln. Deshalb

wurden in beiden Parlamenten (BL: Interpellation von Juliana Weber Killer; BS: Motion von Christoph Hochuli, EVP) Vorstösse mit folgenden Forderungen eingereicht:

- Mehr Schutzplätze für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind gemäss Istanbul-Konvention.
- Eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung der Frauenhäuser. Die Schutzhäuser in beiden Basel müssen viele Spenden generieren, um ihre Schutzplätze zu finanzieren. Diese unsichere Finanzierung ist nicht haltbar. Die Kantone sollen zukünftig deshalb mindestens 75 Prozent der Schutzplätze finanzieren.

Jede Frau, die Schutz sucht, muss einen sicheren Ort finden. Wir werden weiter Druck machen. Denn die Zahlen sind erschütternd, aber sie sind nicht naturgegeben. Politischer Wille kann Leben retten.



Pflegeinitiative

Umsetzung stockt

Die Pflegeinitiative, die vor vier Jahren für Hoffnung auf bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege sorgte, kommt nicht vom Fleck. Die bürgerliche Mehrheit in der Gesundheitskommission torpediert zentrale Forderungen und weigert sich, den Volkswillen umzusetzen.



Barbara Gysi
Nationalrätin SG
und Präsidentin
der Gesundheits-
kommission

«Nicht bezahlbar.» So begründete die bürgerliche Mehrheit in der nationalrätlichen Gesundheitskommission Anfang Januar ihre skandalösen Beschlüsse zur Umsetzung der Pflegeinitiative. Sie lehnte eine der wichtigsten Forderungen der Initiative und der Pflegeverbände ab, nämlich die Senkung der Höchstarbeitszeit von 50 auf 45 Stunden pro Woche. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Pflegenden. Fast ebenso problematisch: Die Normalarbeitszeit liegt mit maximal 42 Stunden deutlich über der 40-Stunden-Woche, wie sie in der Privatwirtschaft gang und gäbe ist.

Applaus und ein Ja an der Urne

Blenden wir zurück. In der Pandemie zeigte sich, was Pflegenden tagtäglich leisten: einen wesentlichen Beitrag zum Wohlergehen unserer Gesellschaft. Seither wissen wir, dass das Gesundheitswesen ohne die fachliche und menschliche Begleitung des Pflegepersonals nicht funktioniert.

Die Pandemie machte nicht nur die Leistung der Pflegenden sichtbar. Plötzlich wurde augenfällig, was falsch läuft: schlechte Rahmenbedingungen, zu wenig Personal, zu lange Schichten und eine Entschädigung, die

über alles gesehen ungenügend ist. Darum stimmten über 61 Prozent der Stimmbevölkerung Ja zur Pflegeinitiative.

Wir wollen echte Verbesserungen

Tempi passati? Heute nimmt die Politik kaum mehr Notiz von grossen nationalen Pflegedemos. In der Gesundheitskommission weigern sich SVP und FDP – teilweise mit Unterstützung der Mitte –, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege gesetzlich zu verankern, indem sie Nichteintretens- und generelle Rückweisungsanträge sowie reihenweise Anträge zur Verschlechterung des bundesrätlichen Gesetzesvorschlags stellen.

Dabei entspricht der bundesrätliche Vorschlag dem absoluten Minimum. Wenigstens gelang es in der Kommission, einzelne Massnahmen aus dem Vorschlag zu stützen, etwa die Pflicht zu GAV-Verhandlungen – wenn auch nur knapp mit 13 zu 12 Stimmen.

Doch unsere Forderungen gehen weiter: Neben der Senkung der Höchstarbeitszeit braucht es eine deutliche Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden, verbindliche Personalvorgaben und die Mitfinanzierung der Mehrkosten durch Steuergelder. Die Mehrkosten sollen ins Tarifsystem eingearbeitet werden. Immerhin sollen die Zusatzkosten in der Langzeitpflege bis 2032 je hälftig von Bund und Kantonen getragen werden.

Für uns ist klar: Wir kämpfen weiter für bessere Arbeitsbedingungen und eine anständige Gesetzesgrundlage. Denn wir wissen: Nichtstun kostet weit mehr. Nichtstun gefährdet die Gesundheitsversorgung und die Qualität.

Standpunkt

Was uns Trump lehrt

Der Jahresbeginn führt uns vor Augen, wie sehr sich die Logik der Macht des Stärkeren durchzusetzen droht. Der US-Angriff auf Venezuela, die Drohungen gegen Grönland und die brutale Unterdrückung der Proteste im Iran sind dafür bedrückende Beispiele. Sie erinnern uns daran, wie fragil unsere Welt ist.

Was Donald Trump in den USA vorführt, bleibt nicht auf Amerika beschränkt. Auch in der Schweiz geraten demokratische Grundpfeiler unter Druck. Bereits Anfang März entscheidet die Stimmbevölkerung über die Anti-SRG-Initiative der SVP. Ob durch Blochers Medienkäufe oder die Algorithmen von Musk und Zuckerberg: Die Spielregeln unserer Demokratie werden zunehmend durch Geld und rechte Meinungsmache verzerrt. Wo Fakten fehlen, regieren Milliardäre mit ihrem Geld.

Bereits im Juni 2026 steht die nächste Richtungsentscheidung an: Dann kommt die extreme SVP-Chaos-Initiative zur Abstimmung, auch bekannt unter dem Titel «10-Millionen-Schweiz». Ihre Folgen wären gravierend. Wir müssten die Personenfreizügigkeit und die bilateralen Verträge mit der EU kündigen. Menschen aus der EU, die heute hier leben und arbeiten, würden systematisch schlechter gestellt. Das Recht, ein Asylgesuch zu stellen, würde massiv ausgehöhlt. Unser Neujahrsvorsatz ist deshalb klar: Diese Abstimmung müssen wir gewinnen.

Grosse Aufgaben liegen vor uns. Doch wir gehen sie nicht allein an. Dass heute so viele Menschen Mitglied der SP sind wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr, gibt uns die Zuversicht, die wir jetzt brauchen.



Tom Cassee
SP-Generalsekretär

Demolierung der Fenster und Türen konstatiert hatte, ge-
 äussert auch Dr. Farbstein sei gegen solchen Vandalismus.
 Farbstein äusserte sich ebenfalls an diesem Tage, wenn er
 nicht an sein Anwaltsgeheimnis gebunden wäre, so könnte
 er über vieles Auskunft geben. Ich glaube mein Freund
 schloss daraus, dass derselbe Gelder in Verwahrung habe,
 zwar gegen seinen persönlichen Willen; jedoch im Interes-
 se des Geschäftes verwalte. Irgend ein Name Nobs oder
 Bloch wurde nicht genannt und habe auch ich keine solche
 Meldung weiter gegeben. Ich ersuche Sie diese Meldung
 diskret zu behandeln.“
 Da Dr. Hüpy sehr schwer krank war, konnte nicht
 weiter auf ihn eingedrungen werden.

16. Sept. 1919 Nr. 200 P.P. v. Dr. Bickel, Bericht betr. bolsch. Umtriebe d. d. 13. IX.

Redakteur des "Volksrecht" in Zürich, für das er bis vor
 kurzem allein zeichnete. Nobs ist eifriger und tüchtiger
 bolschewistischer Agitator, enger Freund Plattens und
 Klings.

6. Nov. 1919 Nr. 200 P.P. v. Mäché milit. franz. d. d. 6. Nov.

(hier beschriftet)

1. Dez. 1919 Nr. 200 P.P. v. Adler H. d. d. 19. Nov. 1919

Nobs wird zur Beobachtung empfohlen.

24. Januar 1920 Nr. 12 P.P. v. Mäché mil. angl.

Zweifelhafte Quelle (Stockholm 19. Nov. 19):
 Nobs soll von der Sowjetregierung grosse Summen erhalten
 haben für Propagandazwecke in der Schweiz, Frankreich &
 England, zugunsten einer internationalen Revolution.

15. Febr. 1920 Nr. 64 P.P. von D. 20, D. 4 meldet unter Nr. 4. II. 20

(siehe Dossier König Emil)

Rapport von 1
 Ce serait le Capitain
 Spartaciens de Berlin, qui serait
 le chef de la
 muniste international qui est me
 Le plan consiste à par
 une série de grèves partielles,
 jusqu'au jour où éclatera le mou
 les grandes villes de Suisse.
 aussi, d'Angleterre et des Etats
 grèves actuelles. Quant à la dat
 nombre des informateurs signale
 précisent entre le 20 et le 25;
 visage le début de décembre. Des
 partis; 25 millions viennent not
 en Italie.
 En même temps, de nombreu
 se trouvent déjà en Suisse, en F
 signées "SADOL".



Überwachungsstaat 1.0

Wie der erste sozial- demokratische Bundesrat Ernst Nobs bespitzelt wurde

Die Fiche von Bundesrat Ernst Nobs gibt Einblick in das Denken von Bürgerlichen und Reaktionären in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Und sie zeigt deutlich, wovor die Mächtigen damals Angst hatten.

Balz Spörri, Journalist und Historiker

Ernst Nobs (1886–1957) hatte eine lange politische Karriere. Er war Zürcher Gemeinderat, Nationalrat, Regierungsrat und Stadtpräsident. 1943 wurde er als erster Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Von 1917 bis 1948 wurde er die ganze Zeit über vom Staatsschutz observiert – selbst als Mitglied der Landesregierung. Das zeigen seine Fichen im Bundesarchiv, die erstmals ausgewertet wurden.*

Dass Nobs in den politisch aufgeheizten Jahren am Ende des 1. Weltkrieges auf den Radar der Bundesanwaltschaft geriet, lag nahe. Der «rote Nobs», Redaktor beim Zürcher

«Volksrecht», galt als Vertreter der revolutionären «Zimmerwalder Linken» und zählte im November 1918 zu den Anführern des Landesstreiks.

«Zur Beobachtung empfohlen»

Weite Teile des Bürgertums und der Behörden betrachteten den Streik als Versuch der angeblich unter dem Einfluss «bolschewistischer», meist jüdischer Emigranten stehenden Arbeiterschaft, gewaltsam an die Macht zu gelangen. Um einen weiteren Umsturzversuch zu verhindern, sollten fortan alle verdächtigen Emigranten und ihre Kontakte in der Schweiz überwacht werden.

Am 16. September 1919 notierten die Staatsschützer: «Nobs ist ein eifriger und tüchtiger bolschewistischer Agitator.» Und wenig später: «Nobs wird zur Beobachtung empfohlen.»

Die Fichierung durch die Bundesanwaltschaft, das oberste Organ des Staatsschutzes, begann. Meldungen lieferten zunächst das Polizeikommando Zürich, ein ausserordentlicher Untersuchungsrichter, aber auch ausländische Diplomaten. So teilte etwa der englische Militärattaché mit, Nobs habe von der Sowjetunion viel Geld erhalten, um die Revolution in der Schweiz voranzutreiben. Belege dafür gibt es keine.

Lange Zeit waren die Behörden zur Überwachung «staatsfeindlicher Elemente» auf Private angewiesen. Mit Abstand wichtigster Zuträger wurde der reaktionäre

Die ganze Geschichte
 liest du hier:

*Staatsfeind im Bundes-
 rat, NZZ Geschichte
 Nr. 60/2025.

6 Novembre 1919.

le SADOUL, d'accord avec les
conférences tertiaires en 1919.
t l'instigateur du mouvement com
s. 1. f. Brangolf ist bekannt
nagant.
Konferenz hat einig
tir du 7 Novembre, de déclencher
d'ensemble communiste dans
Italie et de France et, peut-être
-unis, où l'on profiterait des an
du mouvement, le plus grand des
la fin de Novembre, certains
un d'entre eux, très sérieux, en-
fonds importants ont été déjà ré-
amment de passer tout dernièrement
Paris au lieu de rester en Suisse.
des circulaires révolutionnaires
France et en Italie. Plusieurs sont
Friend von Partier des Gefangenen
propagande Central a pour Président
ur Secrétaire Conrad WYSS.
eurs des circulaires seraient: 1. d
AUBLI et NOBS. Dans le Canton de
dirigée par EYMANN. en etc., welche

Schweizerisches Bundesarchiv
E-320B#1984/20#45*, Az. C.09-31, Nobs, Ernst,
14.7.1886 (Personaldbogen), 1919-1936.

Schweizerische Vaterländische Verband (SVV), zu dessen Mitgliedern die späteren Bundesräte Philipp Etter und Karl Kobelt sowie der spätere General Henri Guisan zählten.

Revolution ante portas?

Ernst Nobs rückte in den 1920er-Jahren politisch Richtung Mitte. Der SVV war jedoch überzeugt, dass die sozialdemokratischen Anführer nach wie vor mit Hilfe ausländischer Agenten einen Umsturz planten. So meldete der SVV 1938, Regierungsrat Nobs habe sowohl in seinem Büro wie zu Hause «regen Besuch» von politischen Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich.

Selbst nach der Wahl in den Bundesrat führte die Bundesanwaltschaft die Fiche weiter. So wurde etwa festgehalten, dass Nobs 1944 an der 1.-Mai-Feier in Winterthur oder 1945 am Pfingsttreffen der «Naturfreunde» auftrat.

Was zeigen die Fichen von Nobs? Zum einen sieht man, wer damals die Macht hatte. Zum andern wird deutlich, dass weite Teile der bürgerlichen Schweiz den Sozialdemokraten nie ganz über den Weg trauten. Und heute? Bis dato stand noch nie ein Sozialdemokrat dem Militärdépartement vor. Ist das blosser Zufall oder Ausdruck eines anhaltenden Misstrauens?

Kaufkraftkiller #1: Wohnen

Am Parteitag vom 28. Februar steht das Positionspapier gegen Wuchermieten im Zentrum. Nationalrätin Jacqueline Badran zeigt die Eckpunkte auf. Pia Wildberger

Jacqueline, warum greift die SP dieses Thema gerade jetzt auf?

Die Situation ist unerträglich geworden. Die Mieten kennen seit Jahrzehnten nur eine Richtung – nach oben, obwohl sie wegen der historisch tiefen Zinsen hätten sinken müssen. Der Leidensdruck ist massiv. Junge können nicht ausziehen, Ältere werden aus ihren Wohnungen verdrängt. Gleichzeitig verändern sich die Eigentumsverhältnisse rasant. Immer mehr Wohnungen gehören Immobiliengesellschaften, während Private kaum mehr Wohneigentum erwerben können. Das ist ein volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Supergau. Mieten sind der Kaufkraftkiller Nummer eins.

Wie lässt sich diese Spirale stoppen?

Wir müssen das Mietrecht endlich durchsetzen – und zwar mit automatischen Kontrollen. Heute müssen Neumieter:innen selbst innerhalb eines Monats gegen überhöhte Mieten klagen. Das ist unrealistisch und unfair. Stattdessen braucht es eine periodische Renditeprüfung, ähnlich wie bei Unternehmen für Steuern oder AHV. Wer zu viel verlangt, muss zurückzahlen. Das hätte eine präventive Wirkung: Plötzlich würde niemand mehr einfach bei einem Mieter:innenwechsel mal 1000 Franken draufschlagen, wie das vielerorts gang und gäbe ist.

Gibt es weitere Massnahmen?

Wir müssen die Eigentumsverhältnisse ändern. In der Verfassung steht sinngemäss, die Wohnungen sollen den Menschen gehören, die sie nutzen und davon abhängig sind. Das bedeutet, wir müssen die Vorkaufsrechte für Genossenschaften stärken, damit sich Leute kollektiv Wohneigentum verschaffen können. Dazu braucht es eine Verschärfung der Lex Koller, damit ausländisches anonymes Rendite-Kapital – von JP Morgan und BlackRock bis Parisbas – nicht mehr unsere Wohnungen übernehmen kann. So sinken die Preise, und der Boden bleibt bei denen, die darauf wohnen.

Ist die Nichteinhaltung des Mietrechts politisch gewollt?

Das Mietrecht ist klug: Es sieht eine Kostenmiete und Renditedeckel vor, um zu verhindern, dass Vermieter beliebig abkassieren. Doch die Durchsetzung fehlt. Das Gesetz wird systematisch unterlaufen, während 10 Milliarden Franken jährlich ungerechtfertigt von Mieter:innen zu Vermieter:innen umverteilt werden – völlig leistungsfrei. Dass ausgerechnet eines der

volkswirtschaftlich wichtigsten Gesetze am wenigsten durchgesetzt wird, ist kein Zufall.

Oft heisst es, die Zuwanderung treibe die Mieten in die Höhe. Stimmt das?

Zwischen 2008 und 2021 wurde in der Schweiz sehr viel gebaut, weit über den Bedarf durch die Zuwanderung hinaus. Die Leerwohnungsziffer stieg auf den zweithöchsten Stand aller Zeiten – und trotzdem wurden die Mieten massiv teurer. Das zeigt: Es handelt sich nicht um ein Nachfrageproblem, sondern um einen Anbieter-Markt, in dem die Vermieter die Preise festsetzen können. Wären die Mieten nicht nur gesetzlich, sondern auch in der Realität an die Kosten und den Referenzzinssatz gebunden, hätten sie in dieser Zeit deutlich sinken müssen.

Kannst du ein Beispiel machen?

Selbst in Biel, wo die Leerwohnungsziffer bei 1,7 Prozent liegt, stiegen die Mieten innert zehn Jahren um 34 Prozent. Der Treiber ist nicht Zuwanderung, sondern die fehlende Durchsetzung des Mietrechts.

Können Mitglieder etwas gegen die steigenden Preise tun?

Sammelt Unterschriften für die Mietinitiative, betreibt Aufklärung, macht Druck! Jede Stimme zählt! Wir brauchen eine breite Bewegung. Wer mitmacht, hilft, die 10 Milliarden Franken «zurückzuholen», die Mieter:innen jährlich zu viel an die Vermieter:innen zahlen.

Diskutiere am Parteitag mit!

Am 28. Februar diskutieren wir am Parteitag in Biel neben dem Positionspapier zu den Wuchermieten auch eine Resolution zu Gewalt gegen Frauen sowie weitere spannende Themen. Im Zentrum stehen auch die erfolgreichen Massnahmen im Bereich Wohnen, die wir mancherorts durchgebracht haben – vorgestellt von der Themenkommission Wohn- und Bodenpolitik. Die Anmeldefrist läuft bis am 6. Februar – wir freuen uns auf dich!

Hier geht's zur Anmeldung:
spschweiz.ch/anmeldung-parteitag



Kochen fürs Klima

Weniger arbeiten für besseres Essen

Sozial und kreativ: Köchin Elena Meister hat den Gästen im renommierten Schaffhauser Restaurant Seldas mehrere Jahre lang das Sharing-is-Caring-Konzept nähergebracht. Das lässt sich zuhause auch mit einem leckeren, klimafreundlichen Resten-Gericht umsetzen. Pia Wildberger

Gastgeberin Elena Meister stellt die Dinge gerne auf den Kopf, wortwörtlich: «Handstand machen» ist ihr Hobby. Auch als Köchin geht das SP-Mitglied unkonventionelle Wege: Im Restaurant Seldas, das sie bis Ende Dezember in Schaffhausen führte, tischte sie die Speisen in mehreren Schüsseln in der Tischmitte auf, anstatt allen Gästen das Menu einzeln zu servieren. Das fördert das Gemeinschaftserlebnis, man tauscht sich aus – erst recht, wenn das Essen so gut schmeckt wie im Seldas. «So haben wir zuhause am Familientisch gegessen, das hat mich inspiriert», erzählt die 26-Jährige.

Nicht nur für Restaurantgäste, auch zuhause kocht Elena Meister gerne. «Je nachdem, was der Kühlschrank hergibt»: Mit diesem Ansatz lässt sich auch viel für eine klimafreundliche Küche tun, «denn so ist Food Waste kein Problem», so Elena Meister.

Besonders junge Leute essen nicht regelmässig daheim, was eine wöchentliche

Menuplanung schwierig macht. Resten vom Vortag wandern im Kühlschrank unter Umständen immer weiter nach hinten, bis sie entsorgt werden müssen. «Wenn man drei Mahlzeiten pro Woche einplant, kommt man mit einer kreativen Restenküche weit», sagt Elena Meister und empfiehlt dafür ein orientalisches Curry mit Paneer oder Tofu, «weil mehrere Geschmacksrichtungen reinpassen». So viel vorneweg: Der Resten-Eintopf mit kunterbunten Zutaten, den Elena der Links-Redaktion aufischt, schmeckt grossartig – zur Nachahmung wärmstens empfohlen, auch mit Gästen.

Das Leben verlangsamen

Wo sieht sie einen Hebel für eine klimafreundliche Küche? Nicht in Fleisch-Ersatzprodukten, die viele Zusatzstoffe enthalten und nicht immer leicht verdaulich sind, «sondern in gutem Gemüse». Doch Einkaufen, Rüsten, Schälen und die Zubereitung

brauchen Zeit, die vielen Leuten im Spagat zwischen Ausgang, Kind und Karriere fehlt. Ihr Tipp für besseres Essen ist darum klipp und klar: «Weniger arbeiten!» Und sie führt aus: «Man sollte das Leben generell etwas verlangsamen.»

Diesen Rat will sie in den kommenden Monaten in die Tat umsetzen und durch Südamerika reisen. Wetten, dass sie auch dort viele leckere Eintöpfe entdecken wird, die nach einem prüfenden Blick in den Kühlschrank gekocht wurden?

Essen ist politisch!

Unsere Ernährungsweise ist für rund ein ganzes Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für den Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das als Kraftfutter für Tiere dient. Ein Teil der Ernte landet zudem im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an. Doch dagegen lässt sich etwas tun. Renommiertere Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.





Orientalischer Resten-Eintopf

Zutaten für 4 Personen

- 2 Zwiebeln, in Streifen
- 3 Knoblauchzehen, fein gehackt
- 1 Stück Ingwer, fein gehackt
- 2 Rüebli in Würfeln
- 1–2 Süsskartoffeln in Würfeln
- Gemüse nach Wahl in Würfeln

Resten

Altes Apfelmus, Chutney und/oder Marmelade – was im Kühlschrank vorhanden ist, weiche Birne, Apfel oder Banane

- 3 EL Mischung aus Curry, Kreuzkümmel, Koriander gemahlen, Muskat, Garam Masala und Gewürze nach Wahl
- 2 EL Tomatenpüree
- 2 Tomaten in Würfeln
- Essig zum Ablöschen (Essiggurkensaft oder normaler Essig)
- ½ Liter Bouillon
- ½ Liter Kokosmilch
- 2 Handvoll rote Linsen

Deko

- Frühlingszwiebel in feinen Ringen, Joghurt, Quark oder Sauerrahm, auch vegane Varianten (kann gemischt werden)
- Alte Guetzli und halbhartes Brot klein schneiden und mit wenig Sesamöl in der Pfanne rösten

Zubereitung

1. Zwiebel, Knoblauch und Ingwer rüsten und im Topf andünsten.
2. Weitere Lebensmittel hinzugeben, die bald aufgebraucht werden müssen.
3. Das restliche Gemüse und alle Gewürze und das Tomatenpüree zugeben. Ohne Flüssigkeit 5–10 Min. leicht rösten, ohne dass die Gewürze zu heiss werden.
4. Mit geschnittenen Tomaten und Essig ablöschen, mit Bouillon und Kokosmilch auffüllen. Auf mittlerer Stufe 15 Minuten kochen, bis das Gemüse bissfest ist.
5. Die Linsen hinzufügen und 2 Min. weiterköcheln lassen. Herd abschalten und mit der Restwärme nachziehen lassen. Nochmals abschmecken.
6. Joghurt oder Ähnliches, Frühlingszwiebel und den «Streusel» über das fertige Curry geben und geniessen.

Tipp: Das Rezept lässt sich zum Beispiel mit Kürbis, mehr Tomaten, Mangold, Spinat saisonal anpassen – je kürzer die Garzeit, desto später das Gemüse beifügen.

Wie stetes Wachstum ins Zentrum der Wirtschaft gelangte

Die Wirtschaft ist auf Wachstum getrimmt – kann das gut gehen? Herausgeber Roman Rossfeld geht dieser Frage im neusten Werk «Mehr!» auf den Grund und zeigt fundiert, warum die Klimakrise nicht ohne Antworten zur Wachstumsfrage gelöst werden kann. Leonard Creutzburg*

Wirtschaftswachstum gilt in modernen Industriegesellschaften als ein «säkulares Erlösungsversprechen». Das stellt Wirtschaftshistoriker Roman Rossfeld, der Herausgeber des Sammelbands «Mehr! Wirtschaftswachstum und Wachstumskritik in der Schweiz seit 1945», gleich auf den ersten Seiten des Buches fest. Dabei ist Wachstum bis heute nicht etwa ein in der Verfassung verankertes Ziel. Die Idee, dass eine wachsende Wirtschaft zu Wohlstand führe, hat sich in das gesellschaftliche Gedächtnis eingebrannt, sodass es ganz natürlich scheint, wenn heute Politiker:innen von rechts wie links mehr Wachstum fordern. Dabei war das keineswegs immer so: FDP-Bundesrat Nello Celio kritisierte 1970 die Wachstumswirtschaft, und auch Gewerkschaften sahen die dauerhafte Expansion kritisch.

Nach Rossfelds solider Einführung gliedert sich der Band in drei Teile. Im ersten geht es darum, wie Wachstum als gesellschaftliches Leitbild in den Nachkriegsjahren «Wohlstand für alle» schaffen sollte. Wirtschaftshistorikerin Monika Gisler zeigt, welche entscheidende Rolle Erdöl für das Wachstum spielte – sei es als Heizöl oder als Benzin.

Care-Berufe: Wachstum stösst an Grenzen

Der zweite Teil beleuchtet die aufkommende Wachstumskritik seit den 1970er-Jahren. Die Historikerin und Leiterin des Büros für Feminismus Anja Peter widmet sich der Arbeit aus feministischer Sicht: Sie zeigt, wie Gleichstellungspolitiken wachstumsorientiert funktionalisiert werden – etwa indem die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt vorangetrieben wird, um die Wirtschaft wachsen zu lassen. Doch gerade in Care-Berufen, in denen viele Frauen arbeiten, zeigen sich die Effizienzgrenzen: «Jede Beschleunigung der personenbezogenen Dienstleistungen hat Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und Qualität.»

Neoliberaler Ruf nach Wachstum

Im dritten Teil wird die Zeit bis in die 1990er-Jahre behandelt. Dario Domenig und Samuel Schildknecht legen in ihrem Artikel dar, wie in den 1990er-Jahren neoliberale Reformkonzepte den wirtschaftspolitischen Diskurs dominierten und den Ruf nach Wachstum neu legitimierten.

Wenngleich der Band ein wissenschaftliches Werk ist, präsentiert dieses auch für Nicht-Historiker:innen spannende Fakten und Anekdoten – und ist bemerkenswerterweise das erste, das Wachstum und seine Kritik in der Schweiz systematisch aufarbeitet. Die klare Struktur erlaubt selektives Lesen und vermittelt einen fundierten Überblick über die bis heute zentrale Rolle des Wirtschaftswachstums in der Schweiz.

Gerade vor dem Hintergrund neuerer Erkenntnisse scheint das Buch besonders relevant: Zahlreiche Studien zeigen, dass dauerhaftes Wachstum mit Nachhaltigkeit nur schwer vereinbar ist. Denn auch «grünes» Wachstum führt zu höherem Verbrauch. Der Band führt damit vor Augen, dass echte Verantwortung nur durch eine Auseinandersetzung mit Postwachstum möglich ist.

*Der Autor ist Ökonom und Co-Präsident der Umweltkommission der SP Kanton Zürich



Roman Rossfeld (Hg.): **Mehr! Wirtschaftswachstum und Wachstumskritik in der Schweiz seit 1945**, Schwabe Verlag, Basel, 2025.

Das Buch steht auch als kostenlose PDF-Version zur Verfügung:
schwabeonline.ch





5 Fragen

an Neumitglied
Martina Maurer, Wädenswil

1. Warum bist du der SP beigetreten?

Früher dachte ich, ich hätte keine Zeit für Politik. Doch dann merkte ich, dass ich mich ohnehin ständig mit politischen Themen befasse – sei es im Studium, bei der Arbeit oder in Diskussionen über soziale Gerechtigkeit. Die SP kämpft für diejenigen Werte, die mir wichtig sind: Gleichberechtigung, Abbau struktureller Ungleichheit, eine inklusive Demokratie, bezahlbare Mieten und Klimaschutz.

2. Was studierst du?

Ich studiere an der HSLU im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit und arbeite berufsbegleitend in einem Massnahmenzentrum für Jugendliche und junge Erwachsene. Gleichzeitig hat mich das Studium auch in die Politik gebracht. Es heisst immer, in der Schweiz sei Bildung so einfach zugänglich. Doch das stimmt nicht. Ich könnte nicht studieren, wenn ich nicht ungebunden wäre und dank früherer Berufstätigkeit Geld gespart hätte. Stipendien oder sonstige Unterstützung gibt es nur für Erstausbildungen. Es ist heute üblich, dass auch über 30-Jährige studieren, und das soll auch ermöglicht werden. Bildung darf kein Privileg sein!

3. Bevor du das Studium aufgenommen hast, warst du Hundetrainerin mit eigener Firma, erfolgreiche Art Directorin und zuvor jahrelang im Snowboard-Weltcup unterwegs. Was treibt dich an?

Es ist meine Leidenschaft. Generell bin ich ein sehr neugieriger und offener Mensch. Das Studium inspiriert mich ungemein. In meiner Tätigkeit

begleite ich delinquente Jugendliche und junge erwachsene Männer dabei, ein deliktfreies Leben aufzubauen. Das ist anspruchsvoll und unglaublich facettenreich. Ich sehe nicht nur die schwierigen Seiten, sondern auch das Potenzial in jedem Menschen. Diese Haltung begleitet mich schon lange. Da dies intensiv ist, brauche ich in meiner Freizeit viel Ruhe in der Natur, Sport und natürlich meine Tiere.

4. Was erwartest du von der SP?

Die SP muss die Anwältin für Gleichberechtigung bleiben. So plädiere ich für höhere Löhne in frauenstarken Branchen oder für die Einführung einer modernen Elternzeit. Die strukturelle Benachteiligung und die Chancenungleichheit sind in der Gesellschaft tief verankert. Das gilt es anzugehen.

5. Engagierst du dich in Wädenswil?

Ich kandidiere aktuell für den Gemeinderat. Die Wahlen sind am 12. April. Was mich auch sehr motiviert: Die Leute in der Sektion. Obwohl ich noch nicht lange Mitglied bin, erhalte ich viel Unterstützung für meine Kandidatur und meine Ideen. Ich wurde mit offenen Armen aufgenommen. Das hat mir einmal mehr bestätigt, dass ich bei der SP am richtigen Ort bin.

Interview Pia Wildberger

Martina Maurer, 46, studiert Soziale Arbeit und ist im Massnahmenvollzug für Jugendliche und junge Erwachsene tätig. Sie kandidiert für den Gemeinderat von Wädenswil.

Ausstellung I

Versorgt. Verdingt. Vergessen?

Eine bewegende Ausstellung zu einem dunklen Kapitel Schweizer Geschichte – fürsorgliche Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen – ist derzeit im Historischen Museum in Lausanne zu sehen. Besucher:innen begegnen Lebensgeschichten von Betroffenen und erhalten einen Einblick in den langen Weg der politischen Aufarbeitung. Sie erfahren, wie es zu den fürsorglichen Zwangsmassnahmen kommen konnte und welche Folgen sie bis heute haben. Und es stellt sich die Frage: Lässt sich vergangenes Unrecht wiedergutmachen? Und was können wir tun, damit sich diese Geschichte nicht wiederholt?

Die Wanderausstellung ist ab Mai in Luzern und danach in Schaffhausen, Bellinzona und Bern.

Ausstellung II

Die Massen machen Geschichte

Massen bewegen die Politik, besonders wenn sie auf die Strasse gehen oder – wie im Dezember – massenhaft eine Petition unterschreiben (siehe Seite 3). Dennoch haben die Massen nicht immer einen guten Ruf. Dem Phänomen geht eine Ausstellung im Museum für Kommunikation in Bern auf den Grund. Unter dem Titel «Masse – Foules – Crowds» spüren die Ausstellungsmacher:innen der Frage nach, was passiert, wenn wir in der Menge aufgehen. Die Ausstellung dekonstruiert das negative Bild der Masse aus verschiedenen Blickwinkeln und zeigt die erstaunliche Wirkung, wenn wir viele sind. Fazit: Sehenswert!

Bis 19. Juli im Museum für Kommunikation in Bern.

Partnerangebote



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Einführungskurs

Doppelte Buchhaltung

**13. – 14. April 2026,
Schwarzenberg**

Was ist doppelte Buchhaltung? Kassier:innen von Vereinen, Gruppen und Sektionen lernen in diesem Kurs die theoretischen Grundlagen der doppelten Buchhaltung kennen und vertiefen das Gelernte in praktischen Übungen.

Mutig handeln im Betrieb – aber sicher!

20. – 21. April 2026, Bern

Gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb ist nicht einfach: Es braucht Mut, sich zu exponieren, Missstände anzusprechen und Rechte einzufordern. Anhand von Fallbeispielen wird der Umgang mit herausfordernden Situationen mit einem Schauspieler geübt.

Kolleg:innen in schwierigen Situationen beraten

4. – 5. Mai 2026, Männedorf

Wie können Personalvertretungen Kolleg:innen unterstützen, die gemobbt oder benachteiligt

werden? Wie verhindern sie, dass falsches Eingreifen das Problem noch verschärft? Der Kurs vermittelt rechtliche Grundlagen und korrektes Vorgehen im Konfliktfall.

Einführung in die feministische Ökonomie

26. Mai 2026, Olten

Was bedeutet es, Ökonomie aus einer feministischen Perspektive zu betrachten? Warum stellt dieser Perspektivenwechsel alles auf den Kopf, was wir bisher über Wirtschaft wussten? Der Kurs bietet eine Einführung in zentrale Fragen feministischer Ökonomie. Dabei geht es um nichts weniger als um die Grundlage unseres Zusammenlebens: um die existenzsichernde Arbeit.

Anmeldung online,
per Mail oder per Telefon

**www.movendo.ch
info@movendo.ch
058 218 00 00**

* Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.



Zuwanderung und das Schreckgespenst der «Überbevölkerung»

4. Februar 2026, online

Dana Schmalz (Max-Planck-Institut, Heidelberg) diskutiert mit Pascal Zwicky (Denknetz). Ob Neutralität, Migration oder Klimapolitik – kaum ein Politikfeld bleibt von Mythen verschont. Populäre Bilder und einfache Erzählungen prägen Debatten, lenken von Machtinteressen ab und verhindern eine faktenbasierte Auseinandersetzung. Ein Gespräch von Denknetz und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung zu populären Behauptungen und Irrtümern in der (Schweizer) Politik.

Geschichte und Grundlagen der Sozialdemokratie

**Samstag, 14. März 2026,
9 – 18 Uhr, Weinfelden**

In diesem eintägigen Seminar setzen sich die Teilnehmenden mit der Geschichte, den Grundwerten und den politischen Ideen der Sozialdemokratie auseinander. Anhand historischer Entwicklungen und aktueller Debatten wird diskutiert, wie soziale Demokratie heute konkret umgesetzt werden kann.

Stadtrundgänge postkolonial in Zürich, Luzern und Freiburg

Der Kolonialismus hat in der Schweiz diverse Spuren hinterlassen. Auf Stadtrundgängen machen wir die Schweizer Anteile sichtbar.

Anmeldung und
weitere Informationen
anny-klawa-morf.ch

Agenda

Anlässe für SP-Mitglieder

FR, 6. Februar

Neujahrsapéro der SP Migrant:innen in Zürich

SA, 7. Februar

Mitgliederversammlung SP Frauen, Bern

SA, 28. Februar

Parteitag in Biel

FR, 13. März

Fest zu 30 Jahren Gleichstellungsgesetz

SA, 21. März

Mitgliederversammlung SP queer, Winterthur

MI, 25. März

Feministischer Sessionsrückblick, Schaffhausen

27. März

Parteiratssitzung, online

FR & SA, 17./18. April

Löwenberg-Tagung

MI, 22. April

SP Frauen in den Gemeinden

FR, 24. April

Delegiertenversammlung der SP 60+, Bern

SA, 9. Mai

Jahreskonferenz der SP Migrant:innen, Bern

FR, 12. Juni

Mitgliederkonferenz SP 60+, Biel

FR & SA, 19. – 20. Juni

SP queer goes Zurich Pride

FR, 26. Juni

Parteiratssitzung, Olten

FR & SA, 26. – 27. Juni

SP queer goes Lausanne Pride

MO, 29. Juni

Feministischer Sessionsrückblick, St. Gallen

SA, 22. August

Sommeranlass der SP Migrant:innen



Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/veranstaltungen

Bildungsangebote



Medien in der Krise – Demokratie in Gefahr

3. Februar 2026

19.30 – 21 Uhr, online

Mit Jon Pult (Nationalrat) und Min Li Marti (Nationalrätin, Verlegerin/Chefredaktorin von P.S.)

Grosse Medienkonzerne gewinnen zunehmend an Einfluss, während unabhängige Stimmen seltener werden. Auch die SRG steht unter Druck. Das führt zu einseitiger Berichterstattung und erschwelter Meinungsbildung – eine Gefahr für unsere Demokratie. Was bedeuten diese Veränderungen und wie könnte eine gesunde Medienlandschaft, in der alle Sprachregionen Gehör finden, in Zukunft aussehen?



Individualbesteuerung – warum wir Ja sagen

9. Februar 2026

19.30 – 21 Uhr, online

Mit Eva Herzog (Ständerätin SP) und Franziska Ryser (Nationalrätin Grüne)

Im März stimmen wir darüber ab, ob die Individualbesteuerung eingeführt wird. Mit dem Systemwechsel würden alle Erwachsenen unabhängig von Zivilstand oder Geschlecht gleich besteuert werden. Dies ist ein bedeutender Schritt in Richtung Gleichstellung. Wir beleuchten die Vorlage und ihre Vorteile im Detail.



Klimaschutz: Aktiv gegen den Backlash

11. Februar 2026

19 – 20.30 Uhr, online

Mit Prof. Dr. Reto Knutti (Klimaforscher ETH) und Nadine Masshardt (Nationalrätin SP)

Hitzesommer, Überschwemmungen oder der Bergsturz von Blatten – auch in der Schweiz spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels immer stärker. Zwar haben wir immer wieder für mehr Klimaschutz gestimmt. Gleichzeitig erleben wir aber weltweit einen Rückschlag in der Klimapolitik: Wichtige Forschungsgelder und dringend notwendige Massnahmen werden gestrichen.

Bildungsanlässe für Vorstände und Behördenmitglieder

Mein Amt als Sektionspräsident:in

Im März 2026, online

Für Sektionspräsidenten

Die rund 750 Sektionen sind das Herzstück der SP. Sektionspräsident:innen übernehmen hier eine zentrale Rolle. Im Fokus dieses Abends steht der Austausch untereinander. Zudem geben wir Tipps und Tricks für die wichtigsten Herausforderungen auf den Weg und stellen die Unterstützungsangebote der SP Schweiz vor.

Raum für alle – inklusive Raumplanung

Im März 2026, online

Für Mitglieder von Exekutiven und Legislativen in Städten und Gemeinden

Gute Raumplanung orientiert sich an den Bedürfnissen aller Menschen und kann entscheidend zur Steigerung der Lebensqualität beitragen. Noch immer werden viele öffentliche Räume überwiegend von Männern geplant – und auf Bedürfnisse von Männern ausgerichtet. Dabei geht oft auch die Barrierefreiheit vergessen! Wie gestalten wir Städtebau und Raumplanung für alle Bevölkerungsgruppen?

Hier anmelden!



www.spschweiz.ch/bildung

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG